

Weiber

ZEIT

Leicht gesagt

Liebe Leserin, lieber Leser!



Am 22. September 2013 ist es wieder soweit: Wir wählen einen neuen Bundestag. Im Bundestag sitzen Politikerinnen und Politiker von verschiedenen Parteien.

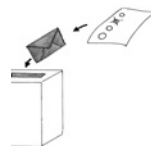
Mit der Wahl bestimmen wir:

Diese Parteien haben in den nächsten vier Jahren die Macht.

Die Parteien mit den meisten Stimmen bilden die Bundes-Regierung.

Die Bundes-Regierung entscheidet nach der Wahl: Diese Themen sind uns wichtig. Darum wollen wir uns kümmern.

Für jede Partei sind andere Themen wichtig. Deshalb ist es gut, sich vor der Wahl anzusehen: Dafür will sich die Partei stark machen.

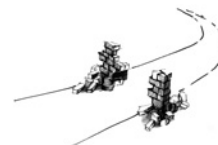


Was hat die letzte Bundes-Regierung für Menschen mit Behinderung gemacht?

In der letzten Bundes-Regierung waren diese Parteien an der Macht: CDU und CSU und FDP.

Diese Themen waren der Bundes-Regierung in den letzten 4 Jahren wichtig:

- Barriere-Freiheit
- der neue Vertrag über die Rechte von Menschen mit Behinderung
- ein Plan wie der neue Vertrag in Deutschland Wirklichkeit werden kann



Viele Behinderten-Verbände sind nicht zufrieden.

Sie sagen:

- Die Bundes-Regierung muss den Vertrag über die Rechte von Menschen mit Behinderung noch mehr in ihrer Arbeit berücksichtigen.
- Der Plan wie der neue Vertrag in Deutschland Wirklichkeit werden kann ist nicht gut.



Aber die Bundes-Regierung hat gute Sachen für Frauen mit Behinderung gemacht. Zum Beispiel gegen Gewalt an Frauen.





Das war gut:

- Eine Untersuchung: So viele Frauen mit Behinderung haben Gewalt erlebt. Frauen mit Behinderung erleben noch viel öfter Gewalt als Frauen ohne Behinderung.
- Eine Untersuchung: So ist die Situation in Beratungs-Stellen für Frauen gegen Gewalt.
Die meisten Beratungs-Stellen sind nicht barriere-frei.
- Es gibt jetzt ein Hilfe-Telefon für Frauen bei Gewalt.
Beim Hilfe-Telefon können alle Frauen anrufen, die Gewalt erlebt haben.
Die Beraterinnen am Telefon helfen den Frauen.
- Es gibt jetzt in einigen Werkstätten oder Wohnheimen Frauen-Beauftragte.
Frauen-Beauftragte unterstützen Frauen in Einrichtungen.
Die Bundes-Regierung hat Geld für die Ausbildung von Frauen-Beauftragten gegeben.



Das sind die Forderungen von Weibernetz für die neue Regierung nach der Wahl:

- Wir brauchen mehr Schutz vor Gewalt für Frauen mit Behinderung!
- Das Gewalt-Schutz-Gesetz muss besser werden für Frauen mit Behinderung!
- In jeder Werkstatt und in jedem Heim soll es Frauen-Beauftragte geben!
- Täter die Frauen mit Behinderung Gewalt antun müssen genauso bestraft werden wie Täter die Frauen ohne Behinderung Gewalt antun!
- Frauen müssen aussuchen können: Will ich von einer Frau oder einem Mann gepflegt werden?
- Alle Arzt-Praxen müssen barriere-frei sein!
- Alle Büros von Therapeutinnen müssen barriere-frei sein!
- Es gibt immer mehr Untersuchungen für schwangere Frauen.
Das Baby im Bauch der Mutter kann untersucht werden:
Hat das Baby eine Krankheit oder eine Behinderung?
Dann können die Eltern entscheiden:
Soll das Baby geboren werden?
Oder sollen wir es abtreiben?
Abtreiben heißt: Das Baby wird im Bauch getötet.
Weibernetz will, dass es nur wenige Untersuchungen für Babys im Bauch der Mutter gibt.
Es soll nur untersucht werden, ob das Baby krank ist und wie es gesund werden kann.



Wir haben die Parteien gefragt:

**Was sagen Sie zu den Forderungen von Weibernetz?
Was wollen Sie für Frauen mit Behinderung tun?**



Die Antworten der Parteien lesen Sie auf den nächsten Seiten.

Brigitte Faber und Martina Puschke

Achtung:

Wir haben nicht so viel Platz in der Weiber-Zeit.
Deshalb können wir nicht die ganzen Antworten der Parteien drucken.

Die ganzen Antworten der Parteien gibt es auf www.weibernetz.de



1. Besserer Schutz vor Gewalt gegen Frauen mit Behinderung

Frage 1:

Weibernetz will wissen:

Werden Sie das Gewalt-Schutz-Gesetz für Frauen mit Behinderung verbessern?



Das sagen Die Grünen:

Frauen mit Behinderung erleben viel häufiger Gewalt als Frauen ohne Behinderung.

Das ist sehr schlimm.

Deshalb brauchen wir barriere-freie Beratungs-Stellen.

Auch das neue Hilfe-Telefon kann helfen und ist eine gute Sache.

Hier können Frauen Tag und Nachts anrufen die Gewalt erlebt haben.



Zum Gewalt-Schutz-Gesetz sagen die Grünen:

Das Gesetz muss nicht geändert werden.

CDU



Die CDU/CSU sagt dazu gar nichts

DIE LINKE.

Das sagt DIE LINKE:

Es müssen alle Gesetze geprüft werden:
Können sie so bleiben wie sie sind?

Oder müssen sie geändert werden?

Denn die meisten Gesetze sind schon alt.

Der neue Vertrag über die Rechte von Menschen mit Behinderung macht die Rechte stärker.

Deshalb muss geschaut werden:

Sind die Rechte von Menschen mit Behinderung in den Gesetzen stark genug?

Auch das Gewalt-Schutz-Gesetz muss geprüft werden.



FDP

Die Liberalen

Die FDP sagt dazu nichts.

Aber sie sagt:

Frauen mit Behinderung müssen vor Gewalt geschützt werden.

Das sagt auch das Grund-Gesetz von Deutschland.

Das Grund-Gesetz ist das wichtigste Gesetz in Deutschland.



Es gibt jetzt das neue Hilfe-Telefon.

Dort können Frauen Tag und Nachts anrufen wenn sie Gewalt erlebt haben.

Das Hilfe-Telefon ist auch gut für Frauen mit Behinderung.

Beim Hilfe-Telefon gibt es Angebote in Leichter Sprache.

Und es gibt Infos in Gebärden-Sprache auf der Web-Seite vom Hilfe-Telefon.





Die PIRATENPARTEI sagt dazu auch nichts.

Aber sie sagen:

Das neue Hilfe-Telefon ist gut.

Dort können Frauen Tag und Nachts anrufen die Gewalt erlebt haben.

Gehörlose Frauen können aber nicht immer anrufen.

Sie können nur von 8 Uhr morgens bis 11 Uhr abends anrufen.

Die PIRATEN wollen, dass gehörlose Frauen auch Nachts anrufen können.

Wie alle anderen Frauen auch.



SPD

Die SPD hat ihre Antwort noch nicht an uns geschickt.

Frage 2:

Weibernetz will wissen:

Sind Sie für Frauen-Beauftragte in Werkstätten und in Heimen?

Und wollen Sie in Gesetze schreiben: Jede Werkstatt und jedes Heim muss Frauen-Beauftragte haben?



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Das sagen Die Grünen:

Frauen-Beauftragte machen in Einrichtungen eine sehr wichtige Arbeit. Deshalb sollen in allen Werkstätten und Heimen Frauen-Beauftragte arbeiten.

Die Grünen wollen:

In der Werkstätten-Mitwirkungs-Verordnung soll stehen:

In jeder Werkstatt muss es eine Frauen-Beauftragte geben.

Für Wohn-Heime muss geschaut werden:

In welchen Gesetzen muss stehen:

In jedem Wohn-Heim muss es eine Frauen-Beauftragte geben.



CDU



Das sagt die CDU und CSU:

Frauen mit Behinderung erleben öfter Gewalt als nicht behinderte Frauen.

Gerade wenn sie in Werkstätten arbeiten oder in Heimen wohnen.

Die Beratung für Frauen mit Behinderung muss besser werden.

Es muss barriere-freie Beratung geben.

Zu Frauen-Beauftragten in Einrichtungen sagt die CDU und CSU:

Wir finden Frauen-Beauftragte in Einrichtungen wichtig.

Zum Beispiel in Werkstätten.

Wir unterstützen die Idee.

Es muss aber noch mehr in Einrichtungen passieren.

Zum Beispiel brauchen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Fort-Bildungen zum Thema Gewalt.



DIE LINKE.**Das sagt DIE LINKE:**

Frauen mit Behinderung müssen lauter werden.
Sie müssen laut ihre Rechte sagen und fordern.
So machen das zum Beispiel Frauen-Beauftragte in Einrichtungen.



Deshalb will DIE LINKE:

Das Projekt „Frauen-Beauftragte in Einrichtungen“ von Weibernetz und Mensch zuerst muss weiter gehen.

Und in den Bestimmungen für Werkstätten und Wohnheime soll stehen:
In den Einrichtungen muss es Frauen-Beauftragte geben.

FDP**Das sagt die FDP:**

Das Projekt „Frauen-Beauftragte in Einrichtungen“ war gut.
Es hat gezeigt:
Frauen mit Behinderung können gut als Frauen-Beauftragte arbeiten.



Die FDP freut sich wenn viele Werkstätten Frauen-Beauftragte haben.
Die FDP sagt aber nicht:
Jede Werkstatt soll eine Frauen-Beauftragte haben.

**Das sagt die PIRATENPARTEI:**

Die PIRATEN finden den Vorschlag gut:
Alle Heime und Werkstätten sollten Frauen-Beauftragte haben.

**SPD**

Die SPD hat ihre Antwort noch nicht an uns geschickt.



Foto: In diesem Haus in Berlin arbeitet der Bundestag



Frage 3:

Weibernetz will wissen:

Manche Frauen können nicht klar sagen:

Nein, ich will das nicht!

Zum Beispiel wenn ein Mann sie zwingt Sex mit ihm zu haben.

Es ist Gewalt, wenn ein Mann eine Frau zwingt Sex zu haben, wenn sie das nicht will.

Dafür wird der Mann bestraft wenn die Frau zur Polizei geht und ihn anklagt.

Der Mann wird aber weniger bestraft wenn die Frau nicht „Nein!“ sagen konnte.

Wir wollten von den Parteien wissen, ob sie wollen, dass alle gleich bestraft werden.



Das sagen Die Grünen:

Es gibt eine Strafe für Täter die Menschen mit Behinderung sexuell missbrauchen.

Und es gibt eine Strafe für Vergewaltigung. Diese Strafe ist höher.

Die Grünen sagen:

Die unterschiedliche Strafe hat ihren Grund.

Wenn die Gewalt ganz besonders schlimm war wird der Täter noch mehr bestraft.

Das gilt genauso wenn das Opfer eine Behinderung hat oder wenn das Opfer keine Behinderung hat.

Deshalb muss das Gesetz nicht geändert werden.



Das sagt die CDU/CSU:

Die CDU und CSU will prüfen:

Brauchen wir die unterschiedliche Strafe wirklich?

Und es sollen Täter die Kinder oder Menschen mit Behinderung sexuell missbrauchen höher bestraft werden.



Das sagt DIE LINKE:

DIE LINKE spricht noch darüber:

Brauchen wir die unterschiedliche Strafe?

Wichtig ist:

Es soll niemand benachteiligt werden.



Das sagt die FDP:

Die FDP sagt:

Das Gesetz ist gut so.

Es muss nicht geändert werden.

Denn bei der Strafe die niedriger ist, hat der Täter die Frau nicht gegen ihren Willen gezwungen Sex zu haben.



Das sagt die PIRATENPARTEI:

Die PIRATEN wollen, dass die Strafe gleich hoch ist.
Oder die Strafe soll sogar höher sein wenn jemand nicht „Nein!“ sagen konnte.




SPD

Die SPD hat ihre Antwort noch nicht an uns geschickt.

Frage 4:

Weibernetz will wissen:

Sollen Frauen das Recht haben zu wählen:

Möchte ich von einer Frau oder von einem Mann gepflegt werden?



Das sagen Die Grünen:

Zur Selbst-Bestimmung von Menschen mit Behinderung gehört:

Jede Frau und jeder Mann muss wählen können:

Möchte ich von einer Frau Pflege oder Assistenz bekommen?

Oder möchte ich von einem Mann Pflege oder Assistenz bekommen?

Das wollen die Grünen in ein Gesetz schreiben.




CDU



Die CDU/CSU sagt dazu gar nichts

DIE LINKE.

Das sagt DIE LINKE:

Selbstbestimmung ist wichtig.

Deshalb sollen alle wählen können:

Will ich von einer Frau oder einem Mann gepflegt werden?

DIE LINKE will auch:

Menschen mit Behinderung die Assistenz brauchen sollen so viel Assistenz bekommen wie sie brauchen.

Egal wie viel Geld das kostet.

Und egal wie viel Geld die Frau oder der Mann mit Behinderung verdient.

Dann könnten auch alle entscheiden:

Ich suche mir die Assistenz-Person aus die ich will.




FDP

Die Liberalen

Das sagt die FDP:

Bei der Pflege darf es keine Gewalt geben.

Das lernen alle in der Ausbildung.

Egal ob sie alte Menschen pflegen.

Oder Menschen mit Behinderung.

Deshalb sagt die FDP:

Es ist egal ob jemand von einer Frau Pflege bekommt.

Oder ob ein Mann die Pflege macht.


Das sagt die PIRATENPARTEI:

Wer Pflege braucht soll wählen können:

So will ich die Pflege haben.

Aber die PIRATEN finden es nicht wichtig:

Die Pflege macht eine Frau.

Oder die Pflege macht ein Mann.

Wichtig ist für die PIRATEN:

Macht die Person die Pflege gut.

Oder macht sie die Pflege nicht gut.


SPD

Die SPD hat ihre Antwort noch nicht an uns geschickt.

2. Bessere Gesundheits-Leistungen

Frage 5:

Weibernetz will wissen:

Im Gesetz für die Kranken-Versicherung steht:

Alles was Menschen mit Behinderung brauchen, sollen sie bei Ärztinnen und Ärzten bekommen.

In Deutschland sind aber die meisten Arzt-Praxen nicht barriere-frei.

Was werden Sie für die Barriere-Freiheit von Arzt-Praxen tun?


Das sagen Die Grünen:

Die Grünen wollen mit den Bundes-Ländern und mit den Zusammen-Schlüssen von Ärztinnen und Ärzten

sprechen.

Sie sollen dafür sorgen:

Es muss mehr barriere-freie Arzt-Praxen geben.

Und mehr barriere-freie Kranken-Häuser.

Wenn eine Arzt-Praxis neu aufmacht muss sie barriere-frei sein.



Das sagt die CDU/CSU

Für die CDU und CSU ist Barriere-Freiheit ein wichtiges Thema.

Im Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz steht viel über die Barriere-Freiheit.

Die CDU und CSU will prüfen:

Reicht das Gesetz?

Oder brauchen wir neue Regeln im Gesetz?



Ansonsten findet die CDU und CSU dass es reicht, wenn im Gesetz für die Kranken-Versicherung steht:

Alles was Menschen mit Behinderung brauchen, sollen sie bei Ärztinnen und Ärzten bekommen.

Das sagt DIE LINKE:

Alle Menschen sollen in ihrer Stadt die Gesundheits-Dienste und Arzt-Praxen finden die sie brauchen.

Egal ob sie alt sind.

Oder eine Behinderung haben.

Oder ob sie als Frau besondere Untersuchungen brauchen.

Für eine barrierefreie Stadt und für barrierefreie Arzt-Praxen will DIE LINKE jedes Jahr sehr viel Geld bezahlen.



Das sagt die FDP:

Barriere-freie Arzt-Praxen sind wichtig.

Es gibt einen Plan von der Bundes-Regierung:

Die Liberalen

Die Ärztinnen und Ärzte sollen freiwillig ihre Räume barriere-frei machen.

Niemand soll ihnen sagen:

Ihr müsst barriere-frei werden.

Die Regierung und die Ärztinnen und Ärzte sollen gemeinsam überlegen:

Warum ist es gut wenn Menschen mit Behinderung zu uns kommen?



Das sagt die PIRATENPARTEI:

Wenn eine neue Arzt-Praxis aufgemacht wird gibt es eine Menge Regeln.

Zum Beispiel:

Eine Arzt-Praxis braucht ein Wartezimmer.

Eine Arzt-Praxis muss sauber sein.

Die PIRATEN wollen noch eine neue Regel haben:

Eine neue Arzt-Praxis muss barriere-frei sein.

Wenn jemand zum Arzt muss und die Praxis ist nicht barriere-frei:

Dann soll es möglich sein die Untersuchung im Krankenhaus zu machen.



Die SPD hat ihre Antwort noch nicht an uns geschickt.



3. Keine Benachteiligung von Menschen mit Behinderung durch Untersuchungen vor der Geburt

Frage 6:

Weibernetz will wissen:

Es gibt immer mehr Untersuchungen für schwangere Frauen.

Das Baby im Bauch der Mutter kann untersucht werden:

Hat das Baby eine Krankheit oder eine Behinderung?

Dann können die Eltern entscheiden:

Soll das Baby geboren werden?

Oder sollen wir es abtreiben?

Abtreiben heißt: Das Baby wird im Bauch getötet.



Weibernetz will, dass es nur wenige Untersuchungen für Babys im Bauch der Mutter gibt.

Es soll nur untersucht werden, ob das Baby krank ist und wie es gesund werden kann.

Was sagen die Parteien dazu?



Das sagen Die Grünen:

Schwangere Frauen müssen entscheiden können:

Welche Untersuchungen will ich machen lassen?

Will ich wissen, ob mein Baby eine Behinderung hat?

Oder will ich nicht wissen, ob mein Baby eine Behinderung hat?

Es muss gute Informationen über Untersuchungen von schwangeren Frauen geben.



Weibernetz findet:

Es soll nur Untersuchungen geben, bei denen man schauen kann:

Wird das Baby krank sein?

Und wie kann es gesund werden?

Diesen Vorschlag von Weibernetz finden die Grünen nicht gut.



Das sagt die CDU/CSU:

Es gibt ein neues Gesetz.

In dem Gesetz steht:

Schwangere Frauen und Eltern müssen eine gute Beratung bekommen wenn sie das Baby im Bauch untersuchen lassen wollen.

In der Beratung soll ihnen erklärt werden:

So geht die Untersuchung.

Bei der Untersuchung kann heraus kommen.

Das Baby wird gesund sein.

Oder das Baby wird eine Behinderung haben.



Die Eltern müssen gefragt werden:

Wollen Sie das wissen?

Dann sollen die Eltern entscheiden:

Will ich die Untersuchung machen lassen?

Die CDU und die CSU wollen, dass es weiterhin viele verschiedene Untersuchungen für das Baby im Bauch gibt.

Sie finden den Vorschlag von Weibernetz auch nicht gut.

DIE LINKE.**Das sagt DIE LINKE:**

Schwangere Frauen sollen entscheiden können:
Will ich mein Baby im Bauch untersuchen lassen?

Will ich ein behindertes Kind zur Welt bringen?

Niemand soll sagen:

Warum hast du denn ein behindertes Kind auf die Welt gebracht?

Warum hast du dein Baby im Bauch nicht untersuchen lassen?

Eltern die ein Baby erwarten sollen eine gute Beratung und gute Unterstützung bekommen.

DIE LINKE sagt nichts zu dem Vorschlag von Weibernetz.

Soll es weniger Untersuchungen für Babys im Bauch geben?

Oder soll es immer mehr Untersuchungen geben?

**FDP**

Die Liberalen

Die FDP sagt dazu gar nichts.

Aber sie sagt:

Die Medizin darf keinen Menschen ohne Fehler herstellen.

Jeder Mensch ist gut so wie er ist.

**Das sagt die PIRATENPARTEI:**

Über das Thema haben die PIRATEN noch nicht gesprochen.

Sie finden es schwierig einer Frau zu sagen:

Du darfst das Baby nicht abtreiben.

Aber sie sehen das Problem dass Weibernetz hat:

Wenn ein Baby mit einer Behinderung im Bauch getötet wird.

Dann kann es Probleme für Eltern geben die ein Kind mit Behinderung haben.

Vielleicht werden sie dann gefragt:

Warum habt Ihr das Kind überhaupt bekommen?

Ihr hättet das Baby doch schon im Bauch töten können.

**SPD**

Die SPD hat ihre Antwort noch nicht an uns geschickt.



Foto: Das ist das Haus mit dem Büro von der Bundes-Kanzlerin in Berlin



4. Nichts über uns ohne uns

Frage 7:

Weibernetz will wissen:

Werden Sie dafür sorgen, dass Vereine von Frauen mit Behinderung immer dabei sind wenn es in der Politik um Behinderung geht?



Das sagen Die Grünen:

Für uns ist der Kontakt zu Behinderten-Vereinen und zu Menschen mit Behinderung sehr wichtig.

Die Grünen sagen:

Die Regierung von CDU und FDP macht Tagungen und lädt Menschen mit Behinderung ein.

Aber die Menschen mit Behinderung sollen sich nicht wirklich beteiligen.

Solche Tagungen wird es mit den Grünen nicht geben.

Sie wollen, dass Menschen mit Behinderung wirklich gefragt werden.

Und sie wollen Antworten hören.

Es ist klar, dass Vereine von Frauen mit Behinderung eine besondere Rolle haben. Sie sollen auch eine Stimme bekommen.

CDU



Das sagt die CDU/CSU:

Für die CDU und CSU ist wichtig:

Menschen mit Behinderung sind Experten in eigener Sache.

Deshalb müssen sie bei allen Entscheidungen in der Behinderten-Politik dabei sein.

DIE LINKE.

Das sagt DIE LINKE:

Für DIE LINKE ist wichtig:

Nichts über uns ohne uns.

Vereine von Menschen mit Behinderung sollen mehr Rechte bekommen.

FDP

Die Liberalen

Das sagt die FDP:

Politik für Menschen mit Behinderung muss mit Menschen mit Behinderung gemacht werden.

Deshalb gibt die Regierung von CDU und FDP auch Geld für Weibernetz.

Damit Frauen mit Behinderung sagen können was wichtig ist.

Den Plan wie der Vertrag über die Rechte von Menschen mit Behinderung Wirklichkeit werden kann findet die FDP gut.

Sie sagt: Der Plan wurde mit den Vereinen von Menschen mit Behinderung gemacht.

Das ist ein Beispiel für eine gute Zusammen-Arbeit.



Das sagt die PIRATENPARTEI:

Für die PIRATEN ist wichtig:

Nichts über uns ohne uns!

Es gibt zwei Frauen mit Behinderung aus der PIRATEN Partei.

Wenn die PIRATEN bei der Wahl viele Stimmen bekommen können sie in der Politik mit bestimmen.

Die beiden Frauen werden sich dann für Frauen mit Behinderung einsetzen.

Diese Parteien haben auch Wahlprogramme in Leichter Sprache

Bündnis 90/ Die Grünen

Das Wahl-Programm der Grünen in Leichter Sprache kann bestellt werden bei Markus Kurth, MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel. 030/ 22771970

Und es kann im Internet herunter geladen werden auf www.markus-kurth.de heruntergeladen werden.

CDU und CSU

Das Wahl-Programm von CDU und CSU in Leichter Sprache gibt es im Internet unter <http://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/regierungsprogramm-in-leichter-sprache-btw13.pdf>

Die Linke

Das Kurz-Wahl-Programm von den Linken in Leichter Sprache gibt es im Internet unter http://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/kurzfassung_leichte_sprache/bundestagswahlprogramm2013_leichte_sprache.pdf

Piratenpartei

Das Wahl-Programm der Piraten-Partei in Leichter Sprache gibt es im Internet unter <http://www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2013/03/Wahlprogramm-BTW13-Leichte-Sprache.pdf>

SPD

Das Wahl-Programm der SPD in einfacher Sprache gibt es unter http://www.spd.de/linkableblob/104494/data/broschuere_in_einfache_sprache.pdf

Broschüre für Barrierefreie Wahlen

Wählen ist einfach: Die Bundestagswahl in leichter Sprache

herausgegeben von SoVD Jugend

steht als Download bereit unter: www.sovdjugend.de/wahlhilfe.pdf

Die Broschüre kann auch bestellt werden bei:
SoVD-Jugend, Sozialverband Deutschland e.V.
Tel.: 030 72 62 22-127
e-mail: jugend@sovd.de



Impressum

Weiber ZEIT

Erscheinungsweise: 3 x jährlich

Herausgeberin

Weibernetz e.V., Projekt „Politische Interessenvertretung behinderter Frauen“

Samuel-Beckett-Anlage 6, 34119 Kassel

Tel.: 0561 72 885-310, Fax: 0561 72 885-2310

e-mail: info@weibernetz.de, www.weibernetz.de

Alle Rechte vorbehalten. Copyright beim Weibernetz e.V. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die Autorinnen selbst verantwortlich.

V.i.S.d.P.: Martina Puschke

Lay-Out: Brigitte Faber

Druck: ausDRUCK, Kassel

Logo Weibernetz: Ulrike Vater, Kassel

Das Projekt „Politische Interessenvertretung behinderter Frauen“ wird finanziert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Bildnachweis WeiberZEIT:

Fotos:

Brigitte Faber

WeiberZEIT „Leicht gesagt“

Zeichnungen:

- Sonja Karle in: Mensch zuerst - Netzwerk People First Deutschland e.V. (Hg.): Das Neue Wörterbuch für leichte Sprache, Kassel 2008
- Schubi-Pic Collection
- Microsoft Office Clipart

Fotos:

Brigitte Faber

Die Übersetzung der WeiberZEIT in Leichte Sprache machen wir in Zusammenarbeit mit Mensch zuerst Netzwerk People First Deutschland e.V.,
Tel.: 0561/72885-55,
e-mail: info@menschzuerst.de
www.menschzuerst.de

Regelmäßige Informationen?

- Ich möchte gerne regelmäßig kostenlos die WeiberZEIT geschickt bekommen.
- Ich möchte die Weiber ZEIT bitte im Nur-Text-Format geschickt bekommen
- Ich möchte gerne Mitglied im Weibernetz e.V. werden.
Bitte schicken Sie mir die nötigen Unterlagen

Name:

Adresse:

Tel. / Fax- Nr.:

e-mail: